

Stadtverwaltung Wipperfürth

Herrn Bürgermeister Michael von Rekowski

Marktplatz 1

51688 Wipperfürth

Wipperfürth, den 26.01.2014

Anträge zum Haushalt 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die CDU-Fraktion stellt folgende Anträge zum Haushalt 2014:

1. Für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren werden kostenlose Jahresausweise der Stadtbücherei eingeführt.

Unter dem Motto „Kinder lesen kostenlos“ soll allen Kindern und Jugendlichen bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres ein freier Zugang zum altersgerechten Medienangebot der Stadtbücherei ermöglicht werden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt zum Haupt- und Finanzausschuss am 08.04.2014 aufzuzeigen, welche Konsolidierungsmaßnahmen in allen Gebührenhaushalten möglich sind, um auf Dauer die Belastungen der Bürgerinnen/ Bürger zu reduzieren.

Eine nachvollziehbare und nachhaltige Konsolidierung auch in den Gebührenhaushalten ist bislang nicht erfolgt. Auch wenn dies keinen unmittelbaren Entlastungseffekt für den städtischen Haushalt hat, ist dies ein wichtiger Aspekt dafür, die Belastung der Gebührenzahler nicht weiter ansteigen zu lassen oder diese sogar zu reduzieren.

3. Der Ansatz beim Produkt 1.11.02, Projektnummer 5000032, Seite II - 241 „Sonstige Kanalsanierungen“ ist um 100.000,00 Euro auf dann 50.000 Euro zu reduzieren.

Eine genaue Planung ist hier naturgemäß nicht möglich. So lag das Rechnungsergebnis 2012 bei rund 30 Tausend Euro während das vorläufige Rechnungsergebnis 2013 bei rund 102 Tausend Euro lag. Über den nun beantragten Ansatz hinausgehende Beträge sind im Bedarfsfall über den Bereich Stadtentwässerung zu kompensieren.

- 4. Die Verwaltung wird beauftragt den kompletten Fuhrpark der Hansestadt Wipperfürth, des gemeinsamen Bauhofes und der WEG GmbH zum Bauausschuss am 10.04.2014 aufzulisten. Hierzu ist ebenfalls aufzuführen, mit welchem Wert und Baujahr die Fahrzeuge gelistet sind und wie eine Reduzierung des Fuhrparks in den kommenden Jahren möglich ist.**

Gerade vor dem Hintergrund der geplanten Investitionen in den Fuhrpark in den Jahren 2014 ff ist es erforderlich eine aktuelle Bestandsaufnahme vorzunehmen und über Notwendigkeiten und Planungen im Fachausschuss zu beraten.

- 5. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Bauausschuss am 03.07.2014 die Standards im gemeinsamen Baubetriebshof zu untersuchen und Vorschläge zu erarbeiten, wie diese in Zukunft für beide Kommunen vereinheitlicht und ggfs. vereinfacht werden können.**

Bereits in den Vorplanungen zum gemeinsamen Bauhof wurde das Thema „einheitliche Standards“ angesprochen. Daher ist es nun ein weiterer, logischer Schritt diese gemeinsamen Standards zu erarbeiten.

- 6. Die unter Produkt 5100122 „Ersatz für Aufsitzmäher Iseki“, Seite II- 32 für 2015 geplante Anschaffung eines neuen Aufsitzmähers in Höhe von 30.000,- € wird gestrichen.**

Über die Notwendigkeit eines Ersatzes in der geplanten Ausführung und über den Zustand des erst im Jahr 2009 angeschafften Mähers ist der zuständige Bauausschuss vor den Haushaltsberatungen für das Jahr 2015 einzubeziehen.

- 7. Die Verwaltung wird beauftragt, schnellst möglich die finanziellen Rahmenbedingungen und einen möglichen Bauzeitenplan für die Umstellung des E.v.B. - Gymnasiums auf eine Ganztagschule aufzuzeigen. Entsprechende Planungsmittel sind im Haushaltsjahr 2014 veranschlagt worden. Um bereits die Möglichkeit zu schaffen, notwendige Maßnahmen in 2015 umzusetzen, wird beim Produkt 10103, Projektnummer 5100081, Seite II – 42 „Um- und Ausbau Engelbert-von-Berg-Gymnasium eine Verpflichtungsermächtigung von 170 Tausend Euro zugunsten des Jahres 2015 angebracht.**

Nach Auskunft der Schulleitung des E.v.B. - Gymnasiums ist es durchaus vorstellbar, mit der Umstellung bereits nach den Sommerferien 2015 zu beginnen. Durch die Verpflichtungsermächtigung werden die finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen, hierfür erste notwendige Maßnahmen vor den Sommerferien 2015 umzusetzen.

8. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wird in seiner Sitzung am 07.05.2014 aufgezeigt, wie eine frühestmögliche Umsetzung des geplanten Parkdecks am Radiumparkplatz ermöglicht werden kann.

Vor dem Hintergrund der berechtigten Sorgen der betroffenen Gewerbetreibenden in der Innenstadt kann durch die vorgezogene Umsetzung des geplanten Parkdecks eine Möglichkeit geschaffen werden, die Situation spürbar zu verbessern.

Weitere Begründungen ergeben sich durch die Haushaltsrede oder kann, falls erforderlich, auch mündlich in der Ratssitzung erfolgen.

Mit freundlichem Gruß



Friedhelm Scherkenbach
- Fraktionsvorsitzender -